Mittwoch, 14. September 1932
Nr. 208. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf
Reichsausgabe

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Sieger Papen

Keine Kanzlerrede, keine Debatte — sofort Reichstagsauflösung

Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags vom 12. September 1932

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Notverordnung v. 4. September d. J. verlangt.

Berlin, den 12. September 1932

Der Reichspräsident: gez. von Hindenburg
Der Reichskanzler: gez. von Papen
Der Reichsminister des Innern: gez. Freiherr von Gayl

Das Satyrspiel

Der Verlauf der Reichstagsauflösung

(Von unserem Sonderberichterstatter)

Berlin, 12. September.

Die Selbstentmannung des parlamentarischen Systems hat durch die heutige Komödie ihren würdigen Abschluß gefunden. Um 3 Uhr ist das Haus vollzählig versammelt, um die Regierungserklärung entgegenzunehmen, um 3.15 Uhr ist es vertagt, um 3.45 Uhr nimmt der inzwischen aufgelöste Reichstag die Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen die Regierung vor, um 4 Uhr wird die von der inzwischen gestürzten Regierung unterzeichnete Auflösungsorder verlesen, um 4.15 Uhr wird der aufgelöste Reichstag von dem Nazi-Präsidenten auf morgen vertagt.

Ein aufgelöster Reichstag hat die Regierung gestürzt. Eine gestürzte Regierung hat den Reichstag aufgelöst. Eine Fülle von Possen hat sich in diesen Fünfviertelstunden abgespielt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Torgler für die kommunistische Fraktion den Antrag, die Abstimmung über die Aufhebung der Notverordnung und über das Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Ihm folgt Löbe mit dem Antrag, die Notverordnung, soweit sie noch nicht in Kraft getreten ist, nicht in Kraft treten zu lassen, bevor über die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung abgestimmt ist.

Die Vertreter beider Arbeiterparteien können es nicht unterlassen, die Reichstagstribüne dazu zu benutzen, sich gegenseitig in unsachlicher Weise anzupflaumen. Jeder behauptet von dem andern, er gäbe der Regierung die geschäftsordnungsmäßigen Typs, die Anträge zu Fall zu bringen.

Die Antragsteller und das Haus erwarten den Einspruch eines Abgeordneten, der nötig ist, um eine Aenderung der Geschäftsordnung unmöglich zu machen. Der deutschnationale Abg. Oberfohren hat im Aeltestenausschuß den Einspruch in Aussicht gestellt. Aber die Deutschnationalen denken gar nicht daran, für die Nazis die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Der Einspruch erfolgt nicht

und damit ist das Schicksal dieses Reichstages besiegelt.

Nazi-Göring fragt, ob sich Widerspruch erhebe, ein paar Sekunden atemlose Erwartung, dann Höllengelächter rechts und links.

Auf Antrag von Frick, dem das Zentrum zustimmt, eine halbe Stunde Vertagung.

Als das Haus sich wieder versammelt, legt Papen mit demonstrativer Geste

die rote Mappe

mit der Auflösungsorder vor sich auf den Tisch. Er begibt sich zum Präsidenten, um sich zu Wort zu melden. Aber er muß sich belehren lassen:

Wir sind in der Abstimmung, ich kann Ihnen das Wort nicht erteilen.

Während die namentliche Abstimmung vor sich geht, überreicht er Göring die Auflösungsorder, nachdem er sie demonstrativ geschwenkt hat mit der Geste: stimmt nur ab, Ihr existiert ja gar nicht mehr.

Die Abstimmung ergibt: von 550 abgegebenen Stimmen werden

513 für, 32 gegen den Antrag Torgler

abgegeben.

Aber inzwischen hat sich der Spieß gedreht. Göring erklärt, er habe ein Schreiben von Papen erhalten, aber der Inhalt dieses Schreibens sei hinfällig, weil Herr von Papen nicht mehr Reichskanzler sei. Er verliest die von Papen und Gayl gezeichnete Auflösungsorder und beruft den Reichstag für morgen mit einer vom Aeltestenausschuß noch festzusetzenden Tagesordnung ein. Es widerspreche dem „Ansehen des Reichstags", sich von einer Regierung, die nur 32 Abgeordnete hinter sich habe, auflösen zu lassen. Er, Göring, habe das Recht, der Deutschen Volksvertretung gemäß die Verfassung zu schützen.

Ein Satyrspiel, das in dem Gelächter des nicht braununiformierten Teils des Hauses untergeht.

Der Aeltestenausschuß hat die Einberufung einer neuen Sitzung abgelehnt. Also verschied der letzte Reichstag der deutschen Republik.

Die Hinterbliebenen

Zwei Ausschüsse tagen

Berlin, 12. September.

VDZ. Die Fraktionsführerbesprechung aller Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Deutschnationalen, die als Ersatz für den nach der Auflösung des Reichstages nicht mehr bestehenden Ältestenrat Montag abend unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Goering zusammentrat, hatte, wie das Nachrichtenbüro des VDZ erfährt, das Ergebnis, daß am Dienstag vormittag der Überwachungsausschuß und am Dienstag nachmittag der Auswärtige Ausschuß des Reichstages Sitzungen abhalten sollen. Diese beiden Ausschüsse bleiben nach der Reichsverfassung bestehen, auch wenn der Reichstag vertagt ist oder kein Reichstag mehr vorhanden ist.

Im übrigen hat sich an der Situation, so wie sie Reichstagspräsident Goering nachmittags der Presse geschildert hatte, nichts geändert. Der Reichstag selbst wird also vorläufig nicht mehr zusammentreten. Den Vorsitz im Überwachungsausschuß führt der frühere Reichstagspräsident Löbe, den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuß der nationalsozialistische Fraktionsführer Dr. Frick.

Papen im Rundfunk

Der Herr Reichskanzler von Papen hat die Rede, die er am Montag nachmittag im Reichstag nicht loswerden konnte, am Montag abend im Rundfunk gehalten. Nach einer kurzen Darstellung der Vorgänge im Reichstage gab er seiner Empörung darüber Ausdruck, daß „die kommunistische, aus Moskau zugereiste Abgeordnete Frau Klara Zetkin vom Reichstag mit Andacht in ihren Deklamationen angehört" worden sei, während sich die deutsche Volksvertretung geweigert habe, „die Erklärung einer nationalen Regierung auch nur anzuhören". Mit dieser demagogischen Wendung beleidigt der Reichskanzler, der in der gleichen Rede Ehrfurcht vor dem Alter Hindenburgs forderte, eine Frau, die schon zu einer Zeit klug und opferbereit für die Massen des deutschen Volkes wirkte, als Herr von Papen noch auf Kosten eben dieser Volksmassen eine freiherrliche, aber offenbar nicht sehr erfolgreiche Erziehung genoß. Es ist uns durch Notverordnungen verboten, den Herrn Reichskanzler „verächtlich zu machen"; aber es wird ja in seinen Augen keine Beleidigung sein, wenn wir ihm bescheinigen, daß er seinen Befähigungsnachweis als Mitarbeiter der nationalsozialistischen Presse hiermit erbracht hat.

Im sachlichen Teil seiner Ausführungen brachte der Reichskanzler lediglich die Gesichtspunkte, die bereits in seiner Rede in Münster und in anderen Veröffentlichungen dieser Regierung enthalten waren. In der Rüstungsfrage beteuerte Herr von Papen, der noch kaum den Staub des Tempelhofer Feldes, auf dem er die Stahlhelmparade abnahm, von seinen Füßen geschüttelt hatte, daß er und seine Regierung nur den Frieden und nichts als den Frieden wünsche. Er versicherte zum hundertsten Male, daß die Regierung mit ihren Rüstungsforderungen auf der breitesten Grundlage stehe, die überhaupt denkbar sei, „nämlich auf der Zustimmung und der Unterstützung des gesamten deutschen Volkes". Pathetisch rief er aus: „Gibt es denn heute noch irgend einen, der sich Deutscher nennen darf, der sich ausschließen wollte, wenn es um die Lebensrechte seines Volkes geht?" Wir antworten Herrn von Papen, daß es in Deutschland Millionen Menschen gibt, die das volle Recht haben, „sich Deutscher zu nennen", die aber auf „Lebensrechte", die in Wirklichkeit zum Tode ungezählter Millionen führen, dankend verzichten. Da der Reichsregierung bekannt ist, daß große Teile der deutschen Bevölkerung zu ihren Aufrüstungsplänen in schärfstem Widerstand stehen, so kann die dauernde Wiederholung einer den Tatsachen widersprechenden Behauptung — leider unter der Diktatur der Notverordnungen nicht gebührend gekennzeichnet werden.

Die Ausführungen des Reichskanzlers über die wirtschaftspolitischen Pläne der Regierung brachten nur neue wohlklingende Umschreibungen ihrer sozialreaktionären Pläne. Bemerkenswert ist einzig und allein, daß der Reichskanzler mit besonderem Nachdruck hervorhob, die jetzige Offensive der Regierung sei der letzte Versuch zur Rettung der Privatwirtschaft. Mißlinge er, so würden jene Kräfte die Oberhand gewinnen, „welche den Gesamtbereich der Wirtschaft der staatlichen Regelung unterwerfen wollen".

Aus den innenpolitischen Betrachtungen sind zwei Punkte hervorzuheben: die besondere Erwähnung der geplanten Heraufsetzung des Wahlalters — und die auffallende Nichterwähnung der Frage, wann eigentlich und unter welchen Bedingungen die Neuwahlen zum Reichstage stattfinden sollen.

Der 12. September

Wenn in der nächsten Zeit eine Reihe von Doktorarbeiten verfaßt werden sollten über die Frage, ob die Regierung den Reichstag auflösen oder nicht auflösen, der Reichstag die Regierung stürzen oder nicht stürzen durfte, so wäre das verständlich, denn unsere Juristen haben ja gemeinhin keine anderen Sorgen als die Lösung solcher knifflicher Fragen. Weniger verständlich ist es, wenn ein großer Teil der Presse in ihrem politischen Teil diesem staatsrechtlichen Problem langatmige Aufsätze widmet. Für den politischen Gebrauch läßt sich das hier Notwendige sehr kurz und sehr treffend in den drei Worten sagen, die Lassalle für solche Situationen ein für allemal geprägt hat: Verfassungsfragen sind Machtfragen.

Wer noch darüber im Zweifel sein sollte, daß hier nach Macht und nicht etwa nach irgendeinem Recht Entscheidungen gefallen sind, der kann sich von der Richtigkeit der Definition Lassalles an Hand einer Meldung überzeugen, die von dem spricht, was die Regierung in dem Falle getan hätte, daß der Reichstag den Versuch unternommen hätte, noch einmal zusammenzutreten. Sie hätte nicht so gehandelt, wie die Regierung Braun-Severing an jenem glorreichen 20. Juni, sie hätte nicht den Staatsgerichtshof angerufen (obwohl sie begründete Aussicht gehabt hätte, dort Recht zu erhalten) — nein, sie hätte, wie es in der genannten Meldung sehr eindeutig heißt, „außerordentliche Maßnahmen ergriffen mit dem Zweck, die Tagung des Reichstages zu verhindern". Es gehört keine besonders ausgebildete Phantasie dazu, um sich diese „außerordentlichen Maßnahmen" auszumalen. Wir nehmen an, daß ein Regiment Reichswehr, vielleicht auch nur der berühmte Leutnant mit den zehn Mann, eine gewisse Rolle dabei gespielt hätte.

Mit diesem Ende des vor sieben Wochen gewählten, gerade zu seiner ersten ordentlichen Sitzung zusammengetretenen Reichstages ist weithin sichtbar demonstriert worden, bei wem heute in Deutschland die Macht liegt. Sie steckt trotz allem nicht in den Fäusten, Dolchen oder Revolvern der SA und nicht in den Wählermassen der größten deutschen Partei, sie erstand auch nicht aus jenen Versuchen, Zentrum und Nationalsozialisten zu einem Machtfaktor zusammenzuschweißen — diese faktische, praktische Macht ist heute bei denen, die in ihren Händen die Verfügungsgewalt über Reichswehr und Polizei, über den gesamten Beamten- und Justiz-Apparat in einer in Deutschland bis dahin nicht erlebten Weise konzentriert haben.

Ueber diese Schwäche der Nationalsozialisten kann auch das Theater nicht hinwegtäuschen, das der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring bei der Gelegenheit der Reichstagsauflösung aufgeführt hat. Selbst unter den Anhängern der NSDAP wird es viele geben, die das hohle Kraftmeiertum dieser leeren Gesten, hinter denen eben doch nichts steckt, allmählich durchschauen. Gewiß wäre es falsch, Zerfall oder Auflösung der NSDAP zu prophezeien. Aber sicher ist, daß die Zweifel, die in der letzten Zeit immer stärker an den Herzen so vieler SA-Leute nagen, daß die sehr lebhaften Diskussionen, die nach dem 31. Juli in den Reihen der Nationalsozialisten eingesetzt haben, durch diese letzten Vorgänge neue Nahrung erhalten.

Leider ist das ein geringer Trost für das Proletariat, denn bei dem katastrophalen Versagen der beiden großen Arbeiterparteien sind wenig Aussichten vorhanden, daß beträchtliche Teile dieser enttäuschten nationalsozialistischen Wähler und Mitläufer zur Arbeiterfront stoßen. Gerade die jetzige Situation zeigt ja den Bankrott jener Politik, die SPD und KPD in all den Jahren getrieben haben. Die Sozialdemokratie konzentrierte, um nur

das letzte Kapitel zu erwähnen, all ihre Kräfte auf den 31. Juli, sie brachte die Massen zum Verzicht auf außerparlamentarischen Kampf mit der trügerischen Hoffnung auf das Ergebnis und den Erfolg der Reichstagswahl. Die Wahlen fanden statt, hundertdreißig Sozialdemokraten zogen in den Reichstag ein — und was änderte sich? Nicht eine Zeitung, nicht ein Politiker hat in diesen Wochen noch nur die Frage aufgeworfen, was die Sozialdemokratische Fraktion, immerhin noch die zweitstärkste, tun werde — es war genau so, als ob die 130 Abgeordneten nicht existierten.

Und nun existiert auch der Reichstag nicht mehr, für den so ungeheure Anstrengungen gemacht wurden, um dessentwillen so verhängnisvoller Verzicht geleistet wurde — wer will noch behaupten, daß die Politik der SPD auch nur im Rahmen der Verhinderung des sogenannten größeren Uebels richtig war? Diese Politik hat geradenwegs zu dem denkbar größten Uebel geführt: zu einer allmächtigen konterrevolutionären, imperialistischen Regierung und zu einer ohnmächtigen, widerstandsunfähigen Arbeiterbewegung.

Die Kommunistische Partei hat diese Dinge, wenigstens zeitweise und teilweise, in ihren Gefahren besser erkannt als die SPD — aber sie hat in der Bekämpfung dieser Gefahren genau so versagt und hat damit objektiv gleich große Schuld vor dem deutschen Proletariat auf sich geladen. Die Warner und Kritiker, die die KPD von ihrem verhängnisvollen Wege abzubringen versuchten, wurden kaltgestellt oder an die Luft gesetzt, die falsche politische Linie wurde weiter verfolgt mit dem Ergebnis, daß, je kritischer die Situation, um so geringer der Masseneinfluß der KPD wurde. Heute sind KPD und SPD beide noch stolz auf die Zahl ihrer Wähler, auf die Größe ihres Apparates — aber politische Faktoren sind sie, zum furchtbaren Schaden der werktätigen Massen Deutschlands und der ganzen Welt, nicht.

Die Führung der SPD will diese Schwäche verhüllen durch eine große Geste, durch die Einreichung eines Volksbegehrens zur Aufhebung der Wirtschaftsnotverordnung vom 4. September. Auch ein solches Volksbegehren könnte den proletarischen Interessen dienlich sein, wenn es zum Ausgangspunkt für die Auslösung großer außerparlamentarischer Aktionen gemacht würde. Daß dies seitens der SPD-Führung geschieht, muß als ausgeschlossen gelten. So ist dieses Volksbegehren nur ein neues Manöver, um die Anhänger zu beschäftigen und ihnen eine sinnvolle Tätigkeit vorzutäuschen — mit dem Ergebnis, daß schließlich die Ernüchterung in den Reihen der Eisernen Front nur um so größer sein wird.

Mit diesen Enttäuschungen, die die Führung der beiden großen Arbeiterparteien der deutschen Arbeiterschaft bereitet hat, ist die ganz große Gefahr verbunden, daß Tausende und aber Tausende von Sozialdemokraten und Kommunisten jetzt entmutigt beiseite treten und das Kampffeld verlassen in einem Augenblick, in dem es auf die höchste Kraftentfaltung in der Widerstandsaktion des deutschen Proletariats ankommt. An diesem Punkte setzt eine wichtige, entscheidende Aufgabe unserer Partei ein: die Sozialistische Arbeiterpartei, deren Führer seit Jahren ihre warnende und mahnende Stimme erhoben haben und denen die politische Entwicklung in so erschütternder Weise recht gegeben hat, hat die Möglichkeit, die enttäuschten und verbitterten Sozialdemokraten und Kommunisten zu bewahren vor dem Sumpf der Indifferenz und neu zu sammeln unter den roten Sturmfahnen des revolutionären Sozialismus.

Für diese Aufgabe müssen wir, noch weit mehr als in dem jetzt fast abgeschlossenen ersten Jahre unserer Parteiexistenz, alle Kräfte einsetzen — denn die Gefahren für das Schicksal der Arbeiterklasse Deutschlands, der Arbeiterklasse Europas sind ins Unendliche gewachsen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat eine Erklärung veröffentlicht, mit der sie sich hinter die Regierung Papen stellt, und in der es zum Schluß heißt: „Der 12. September muß zur Geburtsstunde des neuen Deutschland werden." Man braucht es nicht so pathetisch auszudrücken. Aber richtig ist, daß dieser 12. September einen weiteren wichtigen Schritt darstellt auf einem Wege zu einem „neuen" Deutschland, das allerdings in seinen Grundzügen erschreckende Aehnlichkeit mit dem sehr alten Deutschland der Junkermonarchie der Vorkriegsjahre hat. Nur daß heute alles noch verschärft und übersteigert ist und tausendfach grauenhafter noch sein wird das Ende dieses Weges, das auch diesmal nur ein neuer Krieg sein kann.

Gegenüber diesen Gefahren muß uns das Wort Karl Liebknechts beflügeln: „Keine Anstrengung ist zu groß, keine Anstrengung ist groß genug!"

„Vorübergehend"

In Zweibrücken im Saargebiet wurde vom Reichsbanner, SPD, Zentrum und Demokraten hübsch vereint, die Enthüllung eines Ebert-, Erzberger- und Rathenau-Denkmals zur Inszenierung eines großen „nationalen" Rummels benützt. Severing war Festredner und tröstete dabei sich und seine Lieben über den Verlust des „preußischen Bollwerks" und der Weimarer Koalition — nach einer CNB-Meldung — mit dem Bemerken, „die heutigen Verhältnisse in der Reichshauptstadt seien nur vorübergehend".

Lassen wir Severing und denen, die daran glauben, daß die schönen „Bollwerks"-zeiten wiederkehren, den Trost. Die Arbeiterklasse aber hat gewiß andere Sorgen und Aufgaben.

„Es handelt sich um Aufrüstung"

Frankreichs Regierung gegen Schleicher-Papen

Die französische Regierung hat auf die deutsche Reichswehrnote eine ausführliche Antwort erteilt. Der Sinn dieser Antwort ist, daß die französische Regierung sich außerstande sehe, mit Deutschland allein über die Fragen der deutschen Rüstungen zu verhandeln. Diese Probleme gehören, nach den Darlegungen der französischen Regierung, vor das Forum des Völkerbundes.

Im einzelnen interessieren uns aus der Antwort der französischen Regierung vor allem die Stellen, die sich auf den Inhalt der deutschen Forderungen beziehen. Wir zitieren einige Absätze wörtlich:

„In ihrem Abschnitt 7 sagt die (deutsche) Note, es komme dabei „einmal auf organisatorische Aenderungen an, wie z. B. Abstufung der aktiven Dienstzeit der Langdienenden und Freiheit in der Gliederung der Wehrmacht, zum anderen auf die kurzfristige Ausbildung einer besonderen wehrpflichtigen Miliz für Zwecke der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sowie des Grenz- und Küstenschutzes."

Um sicher zu sein, daß sie diesem Text keine irrtümliche Auslegung gibt, hat die französische Regierung sich an die eingehenden Angaben gehalten, die der Herr Reichswehrminister in der „New York Times" vom 8. August, der Zeitschrift „Der Heimatdienst" vom 1. September und gegenüber dem Berichterstatter der Zeitung „Resto del Carlino" am 31. August gemacht hat.

Es handelt sich demnach darum, daß für Deutschland auf dem Gebiet des Heeres Luftstreitkräfte, Kampfwagen, schwere Artillerie sowie Luftabwehrgeschütze und auf dem Gebiet der Marine Unterseeboote, Flugzeugmutterschiffe und Panzerschiffe gefordert werden. Kein Zweifel: es handelt sich hier um eine Aufrüstung.

Schon jetzt muß darauf hingewiesen werden, daß diese Aufrüstung sich unabwendbar auf alle die Staaten ausdehnen würde, die durch Verträge an ein ähnliches Regime gebunden sind wie Deutschland. Eine Aufrollung des ganzen mittel- und osteuropäischen Problems wäre also die unmittelbare Folge, und auf dieser breiten Grundlage

würde das Wettrüsten von neuem beginnen.

An der Frage, die Frankreich vorgelegt worden ist, ist also ganz Europa unmittelbar interessiert, und Frankreich kann sich nicht darauf einlassen, auf ein Problem von solchem Umfang für sich allein eine Antwort zu erteilen.

Und es geht offensichtlich um noch mehr. Da nach den Erklärungen, die die Herren Minister von Neurath und von Schleicher am 29. August dem Herrn Botschafter François-Poncet gegenüber abgegeben haben,

Deutschlands Forderungen sich auch auf das Seewesen erstrecken,

würde das gesamte Flottenregime der Mächte mit ins Spiel gezogen werden. Die Unvorsichtigkeit einer Einzelantwort würde also das gesamte Rüstungsregime der Welt berühren.

Alles in allem macht die französische Regierung angesichts des deutschen Wunsches nach Befriedigung, den wir teilen, auf die Gefahr aufmerksam, die sich für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft aus Maßnahmen ergeben würde, die früher oder später zu einer

Wiederaufnahme des Wettrüstens und einem Wiederaufleben des Militarismus

führen können. In Lausanne hat Frankreich eingewilligt, im allgemeinen Interesse Opfer zu bringen, was unparteiische Beurteiler anerkannt haben. Es glaubt, daß es bei Wahrung der eingegangenen Verpflichtungen ihm möglich ist, mit Deutschland nach einem neuen Rechtszustand zu suchen, jedoch nicht durch Rückkehr auf den alten Weg der Vorbereitung zum Kriege, sondern durch Fortschritte in der Organisation des Friedens."

Aus diesen Darlegungen der französischen Regierung ergibt sich, daß die Angaben der SAZ über die Aufrüstungspläne der deutschen Regierungskreise in vollem Umfange zutreffen.

Was die deutsche Arbeiterschaft dieser Entwicklung gegenüber zu tun hat, ist bereits früher von uns eindeutig gesagt worden und wird auch in Zukunft mit aller Deutlichkeit an dieser Stelle gesagt werden: Es ist die Aufgabe des deutschen Proletariats, diesen Aufrüstungsplänen, die zu einem neuen furchtbaren Kriege führen müssen, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und die breitesten Schichten der Bevölkerung zu einer Kampffront gegen den drohenden Krieg zusammenzuschmieden!

Deutschlands nächster Schritt

Die deutsche Regierung hat, infolge der aufregenden innenpolitischen Ereignisse, zu der französischen Antwortnote noch nicht Stellung genommen. Nach Informationen die aus gut unterrichteten Kreisen stammen, ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die deutsche Regierung, die von der französischen Antwort natürlich nicht befriedigt ist, zu dem Entschluß kommt, sich an den weiteren Arbeiten der Abrüstungskonferenz nicht mehr zu beteiligen. In diesem Falle würde die deutsche Regierung ihre Vertreter schon von der Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz am 21. September fernhalten.

Mussolini für deutsche Aufrüstung

Die deutsche Rechtspresse registriert mit Begeisterung die Tatsache, daß die italienischen Zeitungen Deutschlands Recht auf Aufrüstung anerkennen und befürworten, und daß nun auch Mussolini Deutschlands **Recht auf Gleichheit in der Rüstungsfrage** bescheinigt. Die deutschen Militaristen glauben darin ein wichtiges Argument für ihre Aufrüstungspläne zu finden.

In Wirklichkeit sind die Gründe für die Stellungnahme der italienischen Regierungskreise ganz eindeutig. Die imperialistischen Bestrebungen Italiens, die sich insbesondere auf die französischen Gebiete Nord-Afrikas richten, müssen zu den Tendenzen des französischen Imperialismus in Gegensatz geraten. Es wird noch erinnerlich sein, daß man vor einigen Jahren in der Oeffentlichkeit vielfach von einem bald bevorstehenden Kriege zwischen Italien und Frankreich sprach. Wenn in der letzten Zeit dieser Punkt etwas aus den Diskussionen verschwunden ist, so ist darum die Situation nicht ungefährlicher, der Frieden zwischen diesen beiden Staaten nicht gefestigter geworden. Für diese mögliche kriegerische Auseinandersetzung mit Frankreich sucht die italienische Regierung Bundesgenossen — und aus dieser politischen Perspektive erklärt sich die Zustimmung zu den deutschen Aufrüstungsplänen. An diesem Beispiel wird besonders deutlich, wie unmittelbar durch die deutschen Rüstungen die Gefahren neuer imperialistischer Kriege gesteigert werden.

Jede Kritik verboten

Zum Verbot der Berliner „SAZ"

Daß es sich bei dem von uns gestern kurz gemeldeten Verbot der Berliner „Sozialistischen Arbeiterzeitung" bis zum 31. Oktober um ein Glied in der langen Kette des systematischen Feldzuges zur Erdrosselung der revolutionären Linkspresse handelt, war jedem ohne Kenntnis der näheren Begründung klar. Doch jetzt, nachdem uns die Begründung vorliegt, stellt sich das Verbot als ein noch willkürlicherer Gewaltakt dar. Hier die amtliche Begründung:

Gründe:

In Nummer 148 des Jahrgangs 1932 der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung" wird auf Seite 2 in dem Artikel „Kampf gegen Schleichers Rüstungsplan" die Arbeiterschaft aufgefordert, sich einmütig gegen den Aufrüstungsplan der Reichsregierung zu erklären, der nichts anderes wolle, als die Verstärkung der militärischen Kräfte und ihrer Einsetzung im Bürgerkrieg gegen die Arbeiter. In der Beilage wird in dem Artikel: „Um Arbeit und Brot" behauptet, die Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft sei nichts weiter, als eine Generalvollmacht zur Erdrosselung der Arbeiterrechte und der Vernichtung ihrer menschenwürdigen Existenz. In beiden Fällen handelt es sich um eine schwere Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung der Reichsregierung. Weiter wird auf Seite 2 der Beilage in dem Artikel „SAP und die IHV" behauptet, die bürgerliche Klassenjustiz und bürgerliche Polizei erwiesen sich ohnmächtig gegenüber dem faschistischen Terror. Sie träfen aber mit um so größerer Schärfe das klassenbewußte Proletariat. Dann wird auf Seite 3 der Beilage in dem Artikel „Begnadigung der Mörder von Potempa" ausgeführt, daß es in der deutschen Republik Gnade nur für diejenigen gebe, die das nationalsozialistische Mitgliedsbuch in der Tasche trügen. In beiden Fällen wird gegen Justizbehörden und Polizei der Vorwurf der Parteilichkeit erhoben.

Mit Rücksicht auf die Schwere der Beschimpfungen kann der erstrebte Zweck durch eine Verwarnung oder amtliche Entgegnung nicht erreicht werden.

Verbot und Verbotsdauer sind hiernach gerechtfertigt.

Der Polizeipräsident
gez.: Dr. Melcher.

Wir fragen, wo ist hier eine „Beschimpfung", wo eine „Verächtlichmachung der Reichsregierung"? Nirgends. Selbst der schärfste Gegner wird außer Stande sein, auch nur den geringsten Beweis für diese Behauptung aus den in der Begründung angeführten Sätzen herauslesen zu können. Man konstruiert aber trotzdem eine „Beschimpfung" und „Verächtlichmachung der Reichsregierung", weil selbst nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni, auf die sich das Verbot stützt, eine Beschimpfung als Mindestvoraussetzung für ein Verbot angegeben ist.

Man behauptet, es wäre Beschimpfung erfolgt, will aber in Wirklichkeit

jede Wertung der Regierungshandlungen, jede Feststellungs- und Auffassungsäußerung und vor allem jede, auch die sachlichste Kritik unterdrücken.

Das ist der Sinn und Zweck des Verbots, den auszusprechen man sich aber scheut. Wir behaupten daher, daß das Verbot der Berliner „SAZ" selbst der gewiß scharfen Presseverordnung vom 14. Juni 1932 widerspricht. Gegen eine so willkürliche Auslegung von Verordnungen muß sich die gesamte Presse, jeder Journalist mit aller Schärfe wehren. Es hebt praktisch jede, auch die letzten Reste einer sogenannten Pressefreiheit auf.

Für unsere Partei, für die Arbeiterklasse überhaupt, ist dieses Verbot, wie alle Verbote von Arbeiterblättern, viel weniger eine Pressefrage, sondern eine Frage des Klassenkampfes. Die Arbeiterklasse wird und muß mit allen Mitteln gegen die Presseknebelung kämpfen als einen Teil des Kampfs gegen die ganze kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungsdiktatur. **Wir sind überzeugt, daß alle Zeitungsverbote unsere Genossen nur anspornen wird, mit verdoppelter, verzehnfachter Energie den revolutionären Kampf im Sinne der Sozialistischen Arbeiterpartei zu führen.**

Die „Rote Einheitsfront" verboten

Berlin, 12. September.

„Die Rote Einheitsfront" ist mit sofortiger Wirkung bis zum 9. März 1933 einschließlich verboten worden.

Begründet wird das Verbot mit einem Artikel „Organisierter Kampf gegen Klassenjustiz" in Nr. 8 des 3. Jahrganges, Anfang September erschienen, in dem eine schwere Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung von Einrichtungen des Staates zu erblicken ist.

*

Nachdem schon in den letzten Tagen fast alle bekannten kommunistischen Wochenorgane, Zeitschriften usw. verboten wurden, läßt dieses Verbot und vor allem die ungeheuerlich lange Dauer darauf schließen, daß generell alle linkssozialistischen und kommunistischen Wochenzeitungen und Zeitschriften für dauernd unterdrückt werden sollen.

Zuchthaus, Zuchthaus für Arbeiter

Berlin, 12. September.

CNB. Die Zweite Kammer des Kammergerichts verurteilte heute den Arbeiter Willi Rohde wegen Körperverletzung und Bedrohung zu einem Jahr sieben Monaten Zuchthaus. Rohde soll am Vorabend des Stahlhelmtages in der Reinickendorfer Straße einen Stahlhelmer zu Boden geschlagen haben. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr sechs Tage Zuchthaus beantragt. Das Gericht ging jedoch weit über den Antrag hinaus.

In Eckernförde haben am 20. Juli Nazis einen organisierten Ueberfall auf eine ruhig tagende Landarbeiterkonferenz verübt und dabei zwei Landarbeiter totgeschlagen. Jetzt beginnt der Prozeß. Angeklagt sind 29 Nazis und — 4 Arbeiter aus der Konferenz, die sich wehrten, wegen — Körperverletzung. Anklage wegen Totschlag ist gegen die Nazis nicht erhoben, „da die Täter bisher nicht ermittelt werden konnten" (!!)

Die heutigen „Rechts"zustände erlauben uns nur, das alles eine vorzügliche, höchst gerechte und völlig unparteiische Justiz zu nennen!

Eine durchsichtige Lügenmeldung der „Arbeiter-Zeitung"

Die kommunistische „Arbeiter-Zeitung" Breslau meldet in großer Aufmachung: „Ziegler aus der SAP ausgetreten — zurück zur Hindenburg-SPD". Die „AZ" weiß, daß das nicht stimmt. Sie will mit dieser bewußten Falschmeldung die von uns öffentlich ausgetragenen Differenzen mit Genossen Ziegler in ihrem Sinne ausnützen und Verwirrung in die SAP hineintragen. Eine derartige Methode richtet sich von selbst und wird ganz gewiß keinen SAP-Genossen aufmuntern, der Einladung der „AZ", zur KPD zu kommen, Folge zu leisten.

Unseren Mitgliedern zur Mitteilung, daß Genosse Ziegler durch ein Schreiben an den Breslauer Vorstand der SAP seinen Posten als zweiter Vorsitzender der Partei niedergelegt hat.

Religion, Kirche und Klasse

IV.

Religion und Kirche im Sowjetstaat

(Schluß)

Die aufsteigende Arbeiterklasse hat vorerst nur in Sowjetrußland ihre Macht begründen können. Hier hat sie auch das Problem der Trennung der Kirche vom Staat bis zur letzten Konsequenz durchgeführt. Das Dekret vom 23. Januar 1918, das das Verhältnis zwischen Staat und Kirche ordnet, enthält in seinen wichtigsten Bestimmungen folgendes:

1. Staat und Kirche sind getrennt. 2. Religiöse Gemeinschaften können nicht Körperschaften öffentlichen Rechts sein und haben infolgedessen weder Eigentums- noch Steuerrechte. 3. Kirche und Schule sind getrennt; in den Schulen ist es bei Strafe verboten, Religionsunterricht zu erteilen. 4. Geistliche haben weder aktives noch passives Wahlrecht, da in der Sowjetunion nur solche Bürger politische Rechte genießen, die produktive Arbeit verrichten.

In Ausführung dieses Gesetzes wurde der riesige Grundbesitz der Kirchen und Klöster konfisziert, in Staatseigentum übergeleitet und den werktätigen Massen zur Bewirtschaftung übergeben. Ebenso wurden die kirchlichen Gebäude, ihr Inventar und die Kapitalien zum Eigentum des arbeitenden Volkes erklärt. Aller Einkünfte aus Pachten, Zinsen und Renten wurden die Kirchen für verlustig erklärt und ihre Anhängerschaft auf Antrag zu privaten Vereinen ernannt. Die wichtigste Waffe, die die Kirche im Religionsunterricht als religiöses Propagandamittel zur Befestigung ihrer Herrschaft und ihres Einflusses unter den breiten Massen besaß, wurde ihr durch die Begründung eines durchaus weltlichen Schulwesens entzogen. Damit war auch der Beeinflussung der Jugend durch religiös rückständige und unwissende Eltern ein Damm errichtet und in der gesellschaftlichen Erziehung ein Gegengewicht geschaffen, das den Geist der Kinder unempfänglich macht für religiöse Mythen und mittelalterlichen Aberglauben.

Diese Seite des Kampfes gegen die Religion, die Entziehung der materiellen Machtmittel, war die verhältnismäßig einfachste Aufgabe, und sie hat sich leicht und auch fast reibungslos abgewickelt. Unzufrieden mit dieser Lösung waren selbstverständlich die ehemaligen Nutznießer der horrenden Einkünfte; und sie haben auch alles getan, um ihrer Abneigung gegen die neuen Machthaber Ausdruck zu geben: Sie gehörten während der Bürgerkriegsjahre zu den rabiatesten Anhängern der politischen Opposition; sie begrüßten in einem Aufruf des Patriarchen gegen die „übelwollenden Bolschewiki" das „rechtmäßige Haus Romanoff"; sie bereiteten den weißgardistischen „Befreiern" Rußlands freudigen Empfang; sie betrieben eifrige gegenrevolutionäre Propaganda in den Heeren Koltschaks, Denikins und Judenitschs; sie agitierten auf dem Kongreß zu Karlsstadt und auch später bei jedem ihnen geeignet erscheinenden Anlaß für einen neuen Bürgerkrieg; sie organisierten eine weitangelegte Hetze gegen die Herausgabe und für Verheimlichung der enteigneten Kirchenschätze, die die Regierung zur Linderung der entsetzlichen Hungersnot verwenden wollte. Daß die Sowjetmacht derartige Rebellion nicht schweigend hingenommen, sondern sich ihrer mit durchgreifenden Mitteln erwehrt hat, versteht sich für eine ihrer Aufgabe und Verantwortung vor der Arbeiterklasse bewußte Regierung von selbst. Dahin gehört auch die Vorgehen gegen Sabotageakte, die gelegentlich der Kollektivierung unter Bieschüchterung der Bauernschaft verübt wurde.

Ungleich schwieriger für den neuen Staat aber war die Aufgabe, den Kampf mit den religiösen Vorurteilen zu führen, die im Bewußtsein der breiten Massen, hauptsächlich der bäuerlichen, verwurzelt sind, und die ein ungemein zähes Leben aufweisen. Dieser Kampf muß, soll er nicht in das Gegenteil des Erwünschten umschlagen, mit großem Takt, mit großer Ausdauer und Geduld geführt werden. Das Programm der Kommunistischen Partei gibt für die Lösung dieser Aufgabe folgende Richtlinie: „Die russische Kommunistische Partei läßt sich von der Ueberzeugung leiten, daß nur die Verwirklichung der planmäßigen und bewußten Tätigkeit der Massen auf dem ganzen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Gebiete das völlige Absterben der religiösen Vorurteile mit sich bringen wird. „Der Staat selbst hält darum mit aller Strenge auf Neutralität und sorgt durch seine Organe dafür, daß den religiösen Privatangelegenheiten seiner Bürger kein Zwang angetan wird (keine Behinderung in der Ausübung des Kults, keine Störung oder Verächtlichmachung der Gläubigen) und schreitet gegen derartige Verstöße ein. Er erschwert nicht die Bildung von Kirchengemeinden (schon zwanzig resp. fünf Mitglieder reichen zur Begründung einer solchen aus), er stellt Kirchen wie Kultgeräte unentgeltlich zur Verfügung, wie er auch den Eltern private religiöse Unterweisung ihrer Kinder nicht verbietet.

Allerdings das Ziel eines antireligiösen Gemeinwesens, die Erziehung seiner Bürger zu völlig diesseits gerichteten Menschen, verliert er keinen Augenblick aus dem Auge. Die gleichen Rechte der Propaganda wie die Kirchen genießen auch die Gottlosenvereinigungen. Der Staat deckte auch in öffentlich geführten Prozessen die Schwindeleien auf, die die Orthodoxie mit den sogenannten „unverweslichen Reliquien" getrieben hatte, und bestrafte den Mißbrauch der Gutgläubigkeit rückständiger Massen sehr streng. Ferner bietet ihm die weltliche Erziehung der heranwachsenden Generation, die wissenschaftliche Aufklärungsarbeit in den Klubs, in der roten Armee und den proletarischen Organisationen eine Menge Gelegenheiten zum Kampf gegen jahrhundertelange Tradition und religiösen Fanatismus. Das Hauptargument gegen die religiösen Vorurteile und für die Gottlosigkeit bietet die Existenz des sozialistischen Staates selbst durch Mitbeteiligung seiner Bürger am wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau. Jedes neue Krankenhaus und Erholungsheim, jedes neue Wasserwerk und jede neue Fabrik, sowie die Ausbreitung des Schulbesuches und der Kampf gegen das Analphabetentum wirken in diesem Sinne. Es ist deshalb kein Wunder, wenn die Arbeiter beschließen, daß die leerstehenden Kirchen in Klubs oder Theater umgewandelt werden, und wenn Bauern die Kirchenglocken verkaufen und dafür Traktoren anschaffen. Und die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo nicht nur der Staat entkirchlicht, sondern auch entgöttert sein wird.

Georg Steinfeld.

Zur Explosion der „Observation"

New York, 10. September.

Nach den letzten Meldungen über das Unglück, von dem das Fährboot „Observation" im hiesigen Hafen betroffen wurde, sind dabei 39 Menschen getötet worden. 58 Fahrtteilnehmer wurden teilweise so schwer verletzt, daß viele von ihnen kaum mit dem Leben davonkommen dürften. Zahlreiche Ueberlebende sind der Meinung, daß die Explosion auf die Ueberalterung der Heizungsanlagen, die bereits 24 Jahre lang im Gebrauch waren, zurückzuführen ist. Andere Ueberlebende glauben allerdings, daß die Katastrophe nicht durch eine Kesselexplosion, sondern durch eine andere Explosion mittschiffs verursacht worden ist. Der 24 Jahre alte Kapitän des Unglücksbootes ist so schwer verletzt, daß er bisher noch nicht verhört werden konnte; sein Vater, der als Steuermann auf dem Boote Dienst tat, befindet sich unter den Toten.

Außer dem Eigentümer des durch eine Explosion auf dem East River zerstörten Fährdampfers sind noch weitere drei Personen, darunter zwei Heizer, vorläufig in Haft genommen worden, da ihren Aussagen erhebliche Bedeutung für die Aufklärung des Unglücks beigemessen wird. Der Inspektor des Schiffahrtsbüros hat Pressevertretern gegenüber angedeutet, daß die Explosion durch Dynamit verursacht sein könnte.

Hier ereignete sich die furchtbare New Yorker Fähren-Katastrophe. Blick auf den East River in New York.

Moskau im Umbau

Nachdem die Sowjetregierung beschlossen hat, zwischen dem Fluß Moskwa, an dem Moskau liegt, und der Wolga ein großes Kanalsystem zu erbauen, bekommt die Hauptstadt der Sowjetunion die größte Bedeutung als Binnenhafen. Da aber auch zwischen der Wolga und dem Schwarzen und Kaspischen Meer große Kanäle gebaut werden, so wird der Hafen von Moskau mit den großen Seehäfen durch sehr gut schiffbare Wasserwege verbunden sein. Der Kanalbau hat schon begonnen, und man geht jetzt auch in Moskau an die Arbeit des Hafenbaues. Die Stadtverwaltung Moskaus hat beschlossen, zwei Häfen anzulegen; davon soll der eine kleinere Hafen

nach dem Muster der Berliner Hafenanlagen

gebaut werden, vor allen Dingen werden die Verladungsanlagen an der Moskwa beinahe genau so sein, wie die an der Spree.

Deutsche Spezialisten des Hafenbaues werden schon in der nächsten Zeit nach Moskau berufen werden, vor allen Dingen auch für den Bau des größeren Moskauer Hafens, der mehr dem Vorbild von Hamburg angepaßt werden soll. Um die Wasserwege in und um Moskau auch für größere Schiffe passierbar zu machen, wird es nötig sein, die alten Brücken der Stadt teils abzutragen, teils umzubauen. Die beiden Stadtteile Moskaus, die bis jetzt nur durch alte, zum Teil dem Verkehr schon gefährlich gewordene Brücken verbunden waren, werden jetzt eine große, sehr moderne Brücke bekommen, unter der selbst größere Schiffe hindurchfahren können.

Außerdem werden in Moskau vier neue Hängebrücken angelegt, die bei der Durchfahrt größerer Schiffe hochgezogen werden können. Auch für diese Brückenbauten erwägt man im Moskauer Stadtsowjet die Hinzuziehung deutscher Fachleute. Die Mittel für die Hafen- und Brückenanlagen sind schon bereitgestellt, und innerhalb dreier Jahre soll der Hafen den vollen Schiffsverkehr schon aufnehmen. Ebenso wird ein neuer großer Bahnhof, besonders für Auslandzüge, in unmittelbarer Nähe des Hafens errichtet, so daß das Umsteigen vom Berliner Expreß auf das Schiff zum Schwarzen Meer eine Kleinigkeit sein wird.

Jeder Genosse, jede Genossin!
Wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

42) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Die letzte rote Fahne, die über Kiel gesetzt wurde.

Und die einzige Kriegsflagge, die verteidigt wurde.

Alle übrigen fielen kampflos.

Auch die Landmarinestellen fielen kampflos.

Auch die Kaiserstandarte auf dem Schloß des Prinzen Heinrich wurde kampflos niedergeholt. Die Macht ist den Matrosen über Nacht in den Schoß gefallen.

Der Trupp Raumschuh kommt vor dem Gewerkschaftshaus, dem Zentrum der Matrosenerhebung, an. Vor dem Gebäude steht eine doppelte Postenkette; vor den Eingängen sind Maschinengewehre aufgebaut. Auf der Straße herrscht ein wirres Durcheinander, — Marine, Infanterie, Werftarbeiter. Truppen werden zusammengestellt und marschieren nach irgendwohin ab. Entwaffnete Feldgraue stehen frierend herum. Im Gedränge hockt eine Gruppe Russen mit großen Gefangenennummern auf dem Rücken. Man hat ihr Lager geöffnet, und jetzt stehen sie hier, starren nach dem Gebäude hinüber und warten auf die weitere Entwicklung der Dinge. Eine schwer bewaffnete Mannschaft eskortiert sämtliche Offiziere ihres Schiffes heran. Der Anführer, ein rothaariger Matrose, geht in das Haus, um sich zu erkundigen, wo sie ihre Offiziere loswerden können.

Raumschuh geht mit ihm.

Das umgehängte Gewehr ist der beste Ausweis.

Raumschuh öffnet die Tür zum Sitzungssaal. Dichte Tabakswolken, eine lärmende und schreiende Menge. Auch das Restaurant ist voll diskutierender Matrosen, Infanteristen und Arbeiter. Der Soldatenrat hat sich oben in einigen Bürozimmern niedergelassen.

In den Büros und auf dem Korridor — ein unaufhörliches Kommen und Gehen. Infanteristen wollen wissen, wo sie Verpflegung herbekommen, wo sie untergebracht werden können, wenn der nächste Zug abgeht? Der Führer eines Vorpostenbootes will Schuhe und Unterkleidung für seine Mannschaft haben. Der Bottelier eines kleinen Kreuzers hat das letztemal zu wenig Margarine bekommen und will sie jetzt nachgeliefert haben.

Ausweise werden ausgefertigt.

Telephone klingeln unaufhörlich.

Da sitzt ein Matrose und nimmt die endlose Kette von Gesprächen an. Er beantwortet die Anfragen, so gut er kann, und bemüht sich, vielleicht doch wichtige Meldungen herauszufischen, um sie weiterzugeben.

Eine Wache fordert sofortige Ablösung.

Die Prünte verlangt ein Maschinengewehr.

Die Wandsbeker Husaren sind im Anmarsch (zum siebenten Male schon seit gestern Abend).

In der Bergstraße haben sich Offiziere verschanzt.

Ein Bottelier hat einen Sack Mehl verschoben.

Aus dem Hansahotel heraus wird geschossen.

Ein Schiff verlangt ein Mitglied des Soldatenrates.

Das Munitionsdepot Friedrichsort ist ohne Bewachung.

Das von Kadetten besetzte Linienschiff „Schlesien" hat den Hafen verlassen; Matrosen haben hinter dem ausfahrenden Schiff die große Hafensperre dicht gemacht.

Im Proviantamt wird zu plündern versucht.

Ob das Fort Fleembrook ein Auto haben kann?

Ein Kinobesitzer will wissen, wie lange er sein Kino offen halten darf.

In der Fleethörnstraße ist eingebrochen worden.

Dabei reden Vorbeigehende auf den Telephonisten ein und wollen Auskünfte haben: Wo kann man den Genossen Popp finden? Wer stellt Entlassungspapiere aus? In welchem Zimmer tagt der Soldatenrat? Ist Genosse Artelt hier nicht eben durchgekommen?

In den Zimmern reden immer zehn auf einmal. Alle haben Vorschläge zu machen oder ganz wichtige Beobachtungen mitzuteilen. Auch die Korridore stehen so dicht gedrängt voll, daß man kaum hindurch kommt. Und doch ist in diesem plötzlichen Durcheinander schon der Wille zu einer Neuordnung zu spüren.

In einem Zimmer tagen die Soldatenräte.

In einem anderen die Obleute der Betriebe.

Die Landformationen und die Schiffe schicken Abordnungen, um sich hier zu instruieren und Richtlinien zu holen. In den dringendsten Fragen wird tatsächlich Rat geschaffen.

Raumschuh muß seine Gefangenen loswerden, ebenso der rothaarige Matrose, mit dem er heraufkam. Aber niemand weiß, wohin mit den Gefangenen.

„Irgendein Gefängnis, die sind doch alle leer!"

„Ich weiß nicht, sieh mal am besten selbst zu!"

In diesem Moment wird eine Tür aufgestoßen. Ein Zivilist, ein knochiger Mann mit einer Brille, kommt fluchend heraus, — der Abgeordnete Noske, hinter ihm der Gewerkschaftsvorsitzende Garbe.

„Das ist ja eine tolle Wirtschaft hier. In dieses Durcheinander muß aber endlich Ordnung reinkommen. Wo steckt denn der Artelt?"

Noske ist sofort von den Matrosen umringt.

„Genosse Noske . . ."

„Bei uns an Bord macht auch jeder was er will."

„Jawohl, wir brauchen eine einheitliche Führung."

„Wir müssen uns für den Kampf organisieren. Wenn die Truppen von draußen reinkommen, dann kostet uns das allen den Kopf!"

Auch der Rothaarige wendet sich an Noske:

„Ich brauche ein Gefängnis für vierzehn verhaftete Offiziere, Genosse!"

„Die Offiziere, die laßt ihr am besten wieder laufen!" rät Noske.

Der Matrose bleibt verblüfft stehen.

„Da bleibt dir die Spucke weg, was?"

„Wenn wir die alle laufen lassen, dann kommen sie bald wieder! Und dann geht's uns schlecht", meint Raumschuh.

Noske ist schon von einer anderen Gruppe umringt. Alle haben Fragen an ihn, oder sie haben Vorschläge zu machen; andere wollen ihn mitnehmen auf ihr Schiff, damit er der Mannschaft einen politisch aufklärenden Vortrag hält. „Acht 30,5-Kanonen und sechzehn Kasemattgeschütze — wir schießen auf zehn Meilen Entfernung eine Armee in Klump, wenn es sein muß! Vierzehnhundert Mann sind wir an Bord und alle ‚solche Jungs'! Nur einen kurzen aufklärenden Vortrag, Genosse Noske, damit sie das Ziel richtig verstehen, und damit sie wissen, wo der Kurs hingeht. Da freß ich einen Besen, da bleiben sie alle auf ihrem Posten und gehorchen auch wieder!"

Und ein Kamerad unterstützt ihn:

„Das mit der Reaktion ist nicht so schlimm. Jetzt, wo wir die ganze Flotte haben! Damit schießen wir alles kaputt!"

Die große Menge der Matrosen ist politisch vollkommen unorientiert. Noske, Haase, Ledebour, Sozialdemokratie, Unabhängige oder Spartakisten, — das ist ihnen alles dasselbe: Sozialismus! Friede! Revolution!

Draußen knallen wieder Gewehrschüsse.

Noske reißt die Tür zum Soldatenrat Artelt auf: „Diese Schweinerei muß endlich aufhören! Hören Sie, Genosse Artelt, wollen Sie nicht mal mitkommen, damit das Schießen endlich eingestellt wird!"

Artelt bleibt am Tisch sitzen und antwortet: „Ich denke gar nicht daran, mich einzumischen, wenn Offiziere, die unsere Bewegung stören, erschossen werden!"

Raumschuh drängt sich durch den Korridor, geht die Treppen wieder hinunter und sucht unten Bonczyk und die Matrosen, die noch immer die Infanterieoffiziere bewachen. Der Rothaarige und seine Mannschaft haben ihre Offiziere schon laufen lassen. Raumschuh erzählt seinen Kameraden, was Noske gesagt hat, und erklärt, daß ihnen mit ihren Gefangenen nun auch nichts anderes übrig bleibe, als sie laufen zu lassen. (Fortsetzung folgt.)

Nach dem englischen Gewerkschaftskongreß

Die nachstehende abschließende Betrachtung zum englischen Gewerkschaftskongreß von einer der Führerinnen der Unabhängigen Arbeiterpartei, früheren Abgeordneten des nordenglischen Kohlendistrikts, dürfte für unsere Leser von besonderem Interesse sein.

In ganz England dürfte kaum ein trostloserer Bezirk zu finden sein als Newcastle-on-Tyne. Verelendete, hoffnungslose Menschen stehen an den Straßenecken. Endlose Reihen kleiner schmutzgetönter Ziegelhäuser ziehen sich durch unabsehbare verwahrloste Straßen. Hier braucht man den Reisenden nicht erst zu sagen, daß die Werften geschlossen sind, daß der größte Teil der Industriewerke still liegt. Das ist dem Straßenbild aufgeprägt. Ein paar Meilen entfernt leben 2000 Textilarbeiter in noch furchtbarerer Not und führen einen Verzweiflungskampf gegen das Hungerdasein. Arbeitslosigkeit, sterbende Industrie, schrecklichste Armut, Lebensunsicherheit!

Kein anderer Ort konnte für einen Gewerkschaftskongreß geeigneter sein. Wenn irgendwo, so mußte hier die Notwendigkeit, Arbeitenden und Arbeitslosen eine Kampfführung zu geben, deutlich werden!

Vor vier Jahren haben Maxton und Arthur Cook (Cook ist der inzwischen verstorbene, einstmals mutige Führer des Bergarbeiterverbandes. Die Red.) versucht, die Gewerkschaftsbewegung, die in die Politik des Mondismus*) und der Arbeitsgemeinschaft abgeglitten waren, zum Kampf aufzurufen. Ihrem Vorstoß wurde wenig Beachtung zuteil. Wenn wir heute die Resultate des Mondismus sehen, so ist kaum zu verstehen, daß noch ein einziger Gewerkschaftler es unterläßt, ihn anzugreifen.

Der „Geist" des Wirtschaftsfriedens und der Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum hat die furchtbarsten Folgen gezeitigt. Ueberall sind die Löhne abgebaut, die Arbeitsbedingungen verschlechtert und die härtesten Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeitslosen durchgeführt. Für den nächsten Winter sind neue Angriffe geplant, hundert Millionen Pfund (zwei Milliarden M.) sollen an den Sozialausgaben eingespart werden. Und schließlich: in dem Augenblick, in dem der Gewerkschaftskongreß zusammentrat, stand Lancashire im Streik! So viel zum Mondismus.

Aber was brachte Newcastle?

In der ersten Stunde des Kongresses wurde klar, daß er nicht das Ende der Mond-Turner-Politik bringen würde, sondern ihre Belebung in etwas anderer Form. Gemeinsam mit den Kapitalisten haben in allen Ländern, unser eigenes eingeschlossen, die Gewerkschaften Trost und Zuflucht gefunden in dem dreimal geheiligten Wort „wirtschaftliche Umorganisation". Für die Arbeitslosen und die von Hungerlöhnen Lebenden, über denen dauernd das Damoklesschwert der Entlassung schwebt, eine traurige Botschaft! Sie ist zusammengefaßt in dem Beschluß von Newcastle, „eine grundsätzliche Politik der industriellen Neuorganisation und die Neuordnung des Handels und seine Kontrolle" zu verfolgen. In den nächsten zehn oder zwanzig Jahren, so wurde ausgeführt, hoffe man eine grundsätzliche Umstellung der Industrie und ihre Ueberführung unter öffentliche Kontrolle zu erleben.

Ueber die Zollpolitik, über Ottawa und über die Politik der nationalen Regierung bewahrte man zurückhaltendes Schweigen, um sich nicht der „Vorwegnahme einer Kritik" schuldig zu machen.

Als Ersatz für eine Diskussion über diese Fragen beschäftigte sich der Kongreß mit der Abrüstungsresolution. Einer der Redner ging auf die internationalen Gefahren ein, die der Arbeiterklasse drohen. Die Delegierten wurden aufgefordert, zu den Abrüstungsvorschlägen des Präsidenten Hoover Stellung zu nehmen. Das Ergebnis war eine Resolution, in der es heißt: „Der Kongreß stellt fest, daß die Ereignisse in China in den letzten Monaten den Beginn eines neuen Weltkrieges, der auch die Arbeiter Englands, der Kolonien und Sowjetrußlands ergreift, bilden können." Daran kann gewiß kein Zweifel bestehen, ebensowenig an dem Ernst dieser Frage. Aber man liest weiter, begierig zu erfahren, welche Vorbereitungen für einen Generalstreik für diesen Fall getroffen werden. Und wieder nichts als wirklichkeitsferne Halbheiten. Eine Delegation soll zu dem IGB entsandt werden, um über die Verhinderung von Waffenherstellung und Waffentransport nach Japan und China zu verhandeln. Das ist alles.

Der Textilarbeiterstreik auf dem Kongreß

Aber wenigstens ein Punkt stand zur Debatte, der weder umgangen noch vertagt werden konnte: von Anbeginn der Verhandlungen an herrschte unter den Delegierten die ernste Sorge über jene Tausende von Textilarbeitern, die unter so ungleichen Bedingungen einen heldenhaften Kampf führen. Hierzu mußte unausweichlich Stellung genommen werden. Es war unmöglich, hierüber zur Geschäftsordnung überzugehen, ohne entscheidende Beschlüsse zu fassen. Einige Delegierte schienen bereit, für den Solidaritätsstreik aller Verbände einzutreten. Andere wollten mit Rücksicht auf die finanzielle Lage ihrer Organisationen und auf die starke Arbeitslosigkeit und die große Armut ihrer Mitglieder einen solchen Antrag auf alle Fälle zu Fall bringen. Aber auch sie erkannten die Notwendigkeit, einen eindeutigen Beschluß zu fassen, wie immer auch die praktische Aktion sich gestalten möchte. Naesmith, der Sekretär des Textilarbeiterverbandes, erstattete Bericht über die Ursachen und den Stand des Kampfes. Dann erklärte Bevin, daß sie hofften, durch eine freiwillige Umlage in allen Verbänden eine halbe Million Pfund (zehn Millionen Mark) für die Streikaktion aufzubringen; als Anfang sollten sofort 1000 Pfund aus der Kasse der Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden.

Bei diesem Vorschlag erhob sich spontaner Beifall des ganzen Kongresses, aber viele der Delegierten mögen sich doch dabei klar darüber gewesen sein, daß dieser Vorschlag nicht ausreichte, um die Textilunternehmer mit Furcht zu erfüllen. Tausend Pfund würden etwas bedeuten für hundert streikende Arbeiter. Aber bei 200 000 Streikenden macht das nicht viel mehr als einen Penny pro Kopf. Hungernde Männer und ihre Familien können mit diesem Beschluß des Kongresses nicht weit kommen, und es wird sich bald zeigen, ob der Beschluß über die ganze Summe mehr war als eine schöne Geste.

Eine weitere Enttäuschung in der Debatte über den Textilarbeiterstreik mußte die Tatsache bedeuten, daß kein einziger Delegierter sich kritisch zu der Haltung derjenigen Gewerkschaftsführer äußerte, die zwar die zehnprozentige Lohnsenkung abgelehnt, aber den Unternehmern zugestanden hatten, daß eine Lohnsenkung eintreten müßte. An den Wänden des Konferenzsaales kündigten große Plakate den „Daily Herald" als das große und einzige Blatt der Arbeiter an. In den Händen der Delegierten befand sich eine Nummer dieses Blattes, in der in besonderem Fettdruck der Welt verkündet wurde, daß vor dem Abbruch der Verhandlungen die Gewerkschaften gegenüber der Unternehmerforderung auf zehnprozentigen Lohnabbau einen Abbau von 6½ Prozent zugestanden (!) hätten. Hinter dieser erstaunlichen und höchst anfechtbaren Tatsache stehen tiefe Meinungsverschiedenheiten über die Haltung, die die Gewerkschaftsführung in dieser Periode des niedergehenden Kapitalismus einzunehmen hätte. Die Gewerkschaften brauchten nicht erst eine Studienkommission über die Lage in der Textilindustrie einzusetzen. Die Arbeiterregierung hatte alles notwendige Material in Händen. Es ist bekannt genug, daß in dieser Industrie schlechte Organisation, falsche Handelspolitik, Fehlinvestionen und anderes die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften auf sich lenken müßten. Aber obwohl ihnen das alles bekannt ist, kommen einzelne Gewerkschaftsführer den Unternehmern auf halbem Wege entgegen, indem sie einem weiteren Abbau der Hungerlöhne zustimmen!

Neben dem Textilarbeiterstreik stand die Lage der Arbeitslosen

im Brennpunkt der Verhandlungen. Bis zum Dienstagabend hat nicht die leiseste Unstimmigkeit den „friedlichen" Verlauf der Verhandlungen gestört. Aber das Erscheinen einiger tausend Arbeitsloser, die verlangten, einen Redner zu stellen, veränderte die friedliche Atmosphäre mit einem Schlage. Es entspann sich eine erregte Debatte, in der einige Delegierte erklärten, daß es sich nur um eine kommunistische Masche handele, über die man zur Tagesordnung übergehen solle. Aber der Lärm, der sich außerhalb des Saales erhob, ging doch den meisten Delegierten auf die Nerven.

Von einem Ende des Kongreßgebäudes zum andern und in den umliegenden Straßen stand ein starkes Polizeiaufgebot, um die Gewerkschaften vor etwaiger Gewalt durch die Arbeitslosen zu schützen.

Bei der Abstimmung wurden 963 000 Stimmen gegen den Antrag, den Vertreter der Arbeitslosen nicht zu Wort kommen zu lassen, abgegeben, aber 1 577 000 hielten die „Ruhe" der Konferenz aufrecht. (Inzwischen ist bekanntgeworden, daß bei der Abstimmung geschoben wurde und daß in Wirklichkeit eine Mehrheit für Zulassung der Delegation bestand. Die Red.) Kein Zweifel konnte darüber bestehen — was auch immer dagegen gesagt werden mochte —, daß die meisten Delegierten sich darüber klar waren, daß die offizielle Gewerkschaftsführung die Organisations- und Agitationsarbeit unter den Erwerbslosen nicht in dem Maße geleistet hat, wie es erforderlich gewesen wäre und wie es auch in der Vorkriegszeit durch die älteren Führer geschehen ist.

Die friedliche Atmosphäre, wie sie durch Broomleys Eröffnungsansprache und seine geschickte Handhabung der Geschäftsführung geschaffen war, war erheblich gestört. Die allgemein gehaltene Feststellung, daß höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit erstrebenswert seien, klingt zwar sehr schön, aber sie genügte keineswegs, um der augenblicklichen Not und der konkreten Situation zu begegnen. Wie soll man diese höheren Löhne und diese besseren Arbeitsbedingungen erreichen? Wie soll der Kampf gegen den Kapitalismus geführt und organisiert werden? Wo ist die kampfgewillte und entschlossene Führung, deren die Arbeiterklasse in diesem Augenblick bedarf? Diese und andere Fragen blieben unbeantwortet.

Von den 576 Delegierten, die 209 angeschlossene Verbände mit 3 613 273 Mitgliedern vertraten, wurde über die Arbeitsgemeinschaftspolitik der letzten vier Jahre, die so verhängnisvolle Früchte getragen hat, mit keinem Wort gesprochen. Unter den Delegierten war die Zahl der Frauen außerordentlich gering, und jüngere Vertreter glänzten überhaupt durch Abwesenheit. Die Konferenz erweckte den Eindruck von einer fest geschlossenen Gruppe mehr oder minder bejahrter Gewerkschaftsangestellter. Das schuf auch die „Einmütigkeit", mit der eine Resolution nach der anderen angenommen wurde.

Hin und wieder machten die sieben oppositionellen Delegierten einen schwachen Oppositionsversuch. Ihre Bemühungen gingen in der höhnischen Art, in der sie von dem gesamten Kongreß behandelt wurden, unter. Keine einzige Stimme aber erhob sich in der Richtung, die Maxton und Cook vor vier Jahren vertreten hatten. Wo war die ILP? Kein Zweifel, daß sie in den Lokalorganisationen Fuß gefaßt hat, aber sie hatte zentral, über das ganze Land gerade in den Gewerkschaften und daher auch auf dem Kongreß noch keine Resonanz. Unsere ganze Arbeit in der nächsten Zeit wird darauf gerichtet sein, diese Macht zu benutzen und auszubauen, um sie der Herrschaft der Gewerkschaftbürokratie entgegenzusetzen und eine Vertretung auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß zu erlangen, die die gesamte Gewerkschaftsbewegung auf den Weg einer revolutionären Politik führt. Jennie Lee.

*) Mond: einer der führenden englischen Großunternehmer, nach dessen gemeinsam mit dem Gewerkschaftsführer Ben Turner aufgestellten Plan die Politik der Arbeitsgemeinschaft als Mond-Turner-System oder kurz als Mondismus bezeichnet wird. (Die Red.)

Spanische Bodenreform

Entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes — Aufhebung der Adelstitel

Das neue Spanien ist unbestritten eine rein bürgerliche Republik. Daß auch die jetzige Regierung alles tut, um die Arbeiter mit Hilfe der alten reaktionären Kräfte niederzuhalten, haben wir bei den verschiedenen Anlässen gezeigt. Trotzdem hat diese bürgerliche Regierung jetzt ein Agrargesetz geschaffen, das wenigstens die Aufgabe einer bürgerlichen Revolution gegen den Agrar-Feudalismus durchführt, zu der die Sozialdemokraten in Deutschland, Oesterreich und anderen zentraleuropäischen Ländern, wo sie 1918/19 die entscheidende Macht in der Hand hatten, zu feige waren. Die „Sozialisten" Ebert, Scheidemann, Hilferding u. Co. in Deutschland und die Renner, Otto Bauer u. Gen. in Oesterreich ließen die junkerlichen Großagrarier ungeschoren in ihren gräflichen und freiherrlichen Würden und in ihren riesigen, von ihren Vorfahren zusammengestohlenen Besitzungen und schlugen die dagegen anrennenden revolutionären Arbeiter blutig nieder. Den selbstverständlichen Erfolg dieser „Realpolitik" sehen wir jetzt darin, daß die Severing-Braun von ihren Schützlingen wie Schuhputzer zum Teufel gejagt wurden und die Junkerkaste unumschränkter denn je in Deutschland und auch in Oesterreich regiert.

Die Sozialdemokraten haben auch nach dem Kapputsch, als die Junkerkaste den ersten großen konterrevolutionären Versuch machte, noch nicht begriffen, sondern mit Arbeiter-Massaker ihre „demokratische", in Wirklichkeit konterrevolutionäre Politik fortgesetzt. Die bürgerliche spanische Regierung hat aber jetzt nach dem monarchistischen Putsch besser begriffen. Sie hat — zur Beschämung der Sozialdemokraten der ganzen Welt — in wenigen Tagen ein vom bürgerlichen Standpunkt sehr radikales Agrargesetz geschaffen.

Nach Artikel 5 des Gesetzes können folgende Landgüter entschädigungslos enteignet werden: 1. Alle ehemaligen Herrengüter, deren Eigentümer ihr Adelsprädikat nicht niedergelegt und auf ihre Standesvorrechte nicht verzichtet haben. 2. Die schlecht bewirtschafteten Güter. 3. Güter, die sich in der Nähe von Kanälen befinden, aber nicht berieselt worden sind. 4. Güter, die in den neuen Berieselungszonen gelegen sind. 5. Jene Landgüter, die ein gewisses Ausmaß übersteigen, und zwar 300 bis 600 Hektar für Grasfläche, 100 bis 300 Hektar für Olivenpflanzungen, 300 bis 600 Hektar für Obst- und Gemüsepflanzungen und schließlich 400 bis 750 Hektar für Wiesen und Weiden.

Weiter wurde ein Gesetz beschlossen, durch das

alle Adelstitel aufgehoben und die Prinzen, Grafen und Barone gezwungen werden, bürgerliche Namen zu führen. Adelstitel dürfen amtlich nicht mehr geführt werden. Die Post darf keinen Brief befördern, der mit Adelstitel adressiert ist.

Das Agrargesetz trägt gewiß alle Spuren und Mängel der bürgerlichen Wirtschaftsauffassung und hat mit Sozialismus nichts zu tun. Aber es wird, vorausgesetzt, daß es unter dem nötigen Druck der Massen durchgeführt wird, doch die ökonomische Grundlage der politischen Machtstellung des Feudaladels zerstören und ist insofern ein gewaltiger Fortschritt, um den gerade heute die wirtschaftlich und kulturell weit höher entwickelte Bevölkerung Deutschlands das spanische Volk beneiden kann. Wir müssen gerade daran immer wieder erkennen, wie konterrevolutionär die SPD-Politik seit 1914 und besonders seit 1918 war und ist.

Die schaffende Bevölkerung Spaniens darf aber dabei nicht stehen bleiben, sondern muß weiterkämpfen. Eine wirkliche Sicherung ihrer Revolution, eine wirkliche Befreiung von Barbarei, Ausbeutung und Massenelend kann nur der Sturz des Privatbesitzes, überhaupt die sozialistische Wirtschaftsordnung bringen.

An unsere Leser!

Durch ein grobes technisches Versehen sind in unserer gestrigen Ausgabe im Hauptblatt peinlicherweise die Seiten verwechselt worden, so daß die vierte Seite des Hauptblattes an die Stelle der zweiten Seite des Hauptblattes geraten ist.

Wir bitten unsere Leser, dieses Versehen gütigst entschuldigen zu wollen.

Die Redaktion der SAZ.

Der Lohnraub mit Einstellungen beginnt

Berlin, 12. September.

CNB. Die Salamander-Schuhfabrik stellt auf Grund der Verordnung zur Belebung der Wirtschaft 500 Arbeiter neu ein und hat für diesen Zweck zahlreiche neue Maschinen in Auftrag gegeben.

Abgesehen von der sicher nur aus Reklamegründen veröffentlichten Bemerkung über neue Maschinenaufträge zeigt diese Meldung klar, daß sich die Salamander-Schuhfabrik die günstige Möglichkeit, mehr Arbeiter bei insgesamt weniger Lohnausgaben ausbeuten zu können und dafür noch Prämien einzustecken, nicht entgehen lassen will.

Für die Schuharbeiter aber muß gelten: Keinen Pfennig Lohnabbau, sonst Streik.

Ausdehnung des Berliner Speditionsarbeiterstreiks

Berlin, 12. September.

CNB. Der Streik in den Berliner Speditionsbetrieben, der am Sonnabend durch Arbeitsniederlegung der Belegschaft der Berliner Rollgesellschaft ausgebrochen war, hat heute eine weitere Ausdehnung erfahren, so daß sich bisher etwa 600 bis 700 Speditionsarbeiter, also etwa zwei Drittel der Beschäftigten, der Ausstandsbewegung angeschlossen haben. Bei dem Streik handelt es sich um eine Aktion, die sich gegen ein neues Lohnabkommen richtet. Die bestreikten Betriebe haben polizeilichen Schutz erhalten.

Wenn schon das bürgerliche Korrespondenzbüro von zwei Dritteln Beteiligung schreibt, dann kann man sicher sein, daß der Streik ziemlich vollständig ist. Helfen soll natürlich wieder der Polizeiterror.

Auch der Matrosenstreik erfolgreich

Gdingen, 12. September.

Nachdem die Hafenarbeiter bereits vor einigen Tagen die Arbeit wieder aufgenommen haben, konnte jetzt auch der Streik der Matrosen der polnischen Handelsflotte beigelegt werden. Im allgemeinen ist ihren Lohnforderungen stattgegeben worden.

Verlängerung der schweizerischen Einfuhrbeschränkung

Bern, 12. September.

WTB. Der Bundesrat hat beschlossen, den Bundesbeschluß vom 23. Dezember 1931 über die Beschränkung der Einfuhr mit sofortiger Wirkung bis zum 31. Dezember 1933 zu verlängern.

Oberrealschule oder Kadettenanstalt?

An den Nachmittagen des Dienstag, den 6. September und des Mittwoch, den 7. September, herrschte auf dem Gelände der Schwedenschanze reges Leben. An den genannten Nachmittagen konnte man jeweils eine Gruppe von Schülern der Oberrealschule am Nikolaitor (im Alter von 13–15 Jahren) beobachten. Wer aber dachte, daß die Jungen dort draußen naturwissenschaftlichen Unterricht erhielten, der täuschte sich ganz gewaltig. An den beiden Nachmittagen wurden mit den Knaben streng militärische Uebungen, unter Leitung des Lehrers Boer, durchgeführt. Am Mittwoch Nachmittag wurde beobachtet, wie die Schüler bewaffnet mit Gasmasken, die – wie sich später herausstellte – von der hiesigen SA geliehen waren, durch das Gelände bis zur völligen Erschöpfung gehetzt wurden. Der Berichterstatter nahm Gelegenheit, mit einem der Jungen zu sprechen, und der erzählte ihm, daß man ihm und seinen Kameraden strengste Schweigepflicht auferlegt hatte.

Man hat also doch scheinbar ein schlechtes Gewissen, wenn man so heimlich tut.

Die proletarische Oeffentlichkeit verlangt aber von dem Direktor der Oberrealschule, Binner, darüber Aufklärung, ob die Oberrealschule am Nikolaitor den Zwecken der Bildung der Jugend oder aber zur Ausbildung für den künftigen Völkermord da ist.

Was würden die Lehrer beginnen, wenn die Kinder sie einmal zur Abwechslung mit „Rot Front" grüßten als Entgegnung auf die „Heil Hitler"-Rufe der Herren Lehrer.

Sturmschäden

Breslau, 13. September.

Durch den Sturm am vergangenen Sonntag und in der Nacht auf Montag ist in den Garten- und Promenadenanlagen der Stadt mancherlei Schaden angerichtet worden. Am stärksten machen sich die Verheerungen in den östlichen Stadtteilen bemerkbar. Hier wurden u. a. 35 Bäume teils umgebrochen, teils entwurzelt. Im Scheitniger Park sind 3 große Eichen umgestürzt und ein großer Cornus niedergebrochen; durch den Sturm sind 2 elektrische Lampen und eine Promenadenbank zerschlagen worden. Am Schweidnitzer Stadtgraben ist eine 15 cm starke Linde umgebrochen worden. An der Gräbschener Straße wurden 3 junge Bäume herausgerissen. Im Schillergarten in Oswitz wurde durch einen herabgestürzten Ast die Lichtleitung beschädigt.

Mondfinsternis

Breslau, 13. September.

Morgen Mittwoch, beginnend mit den frühen Abendstunden, endend kurz nach Mitternacht, ist eine Mondfinsternis zu erwarten. Es handelt sich hier allerdings um keine totale (gänzliche Bedeckung des Mondes durch den Erdschatten), sondern um eine partielle (teilweise Bedeckung).

Im vorigen Jahr, am 2. April und 26. September, konnten wir je eine totale beobachten.

Da aber um zirka 22 Uhr die Totalität zu beinahe 98% erreicht sein wird, wird man — falls der Himmel nicht bedeckt ist — eindrucksvoll und sehr instruktiv das Eintreten des Mondes in den Erdschatten beobachten können, das dadurch zustande kommt, daß der Mond während seiner Vollmondstellung der Sonne fast genau gegenüber am Himmel steht und so in den Schatten der Erde kommt. Am oberen Rande, etwas rechts wird man während der größten Phase der Mondfinsternis, die genau um 22 Uhr stattfindet, ein schmales Segment der Mondscheibe von der Sonne noch erleuchtet sehen.

Die genauen Uhrzeiten für den Verlauf der Mondfinsternis sind:

Eintritt des Mondes in den Halbschatten der Erde 19 Uhr 5,2 Min.
Eintritt in den Kernschatten 20 Uhr 18,2 Min.
Mitte der Finsternis und größte Phase 22 Uhr 0,5 Min.
Austritt aus dem Kernschatten 23 Uhr 42,8Min
Austritt aus dem Halbschatten 24 Uhr 55,7 Min

Pfarrer Bunzel verteidigt den § 218

Ein toller Vortrag im Rahmen der Ausstellung „Gesunde Frau — Gesundes Volk" – Nazipropaganda eines Pfarrers

Weil es wahrscheinlich keinen anderen Fachmann in Breslau gibt, wurde ein evangelischer Geistlicher, Herr Bunzel, von der Leitung der Ausstellung „Gesunde Frau — Gesundes Volk" beauftragt, über „den Kampf um § 218" zu referieren.

Herr Bunzel hat alle Erwartungen erfüllt. Er hat durch sein Auftreten schlagend bewiesen, daß die Behauptung des Marxismus, die Geistlichkeit sei ein Teil der herrschenden Klasse, sei an ihrem Bestand und Wohlergehen von alters her interessiert, nichts als die wahrheitsgemäße Feststellung des tatsächlichen Sachverhalts ist.

Herr Bunzel hat entdeckt, daß die proletarischen Parteien den § 218 zu politischen Zwecken mißbrauchen, während er

„freudig begrüßen kann, daß sich die Nationalsozialisten für die Erhaltung des § 218 und damit der arischen Rasse einsetzen".

Deutlicher ging es nimmer. Einfältiger konnte aber auch der Herr Pfarrer sein naturwissenschaftliches Unwissen und seine politische Stellung nicht dartun. Es gibt nämlich eine arische Sprachfamilie, aber keine arische Rasse; diese Tatsache wird nur von den nationalsozialistischen Scheinwissenschaftlern vom Schlage des Professor Günther ignoriert. Herr Bunzel hat sich in diese Front der Unwissenheit und Unwissenschaftlichkeit, der politischen Demagogie und Verlogenheit öffentlich eingereiht. Wie die Nationalsozialisten behauptet Bunzel, daß die Wirtschaftskrise keinen Einfluß auf die Zahl der Abtreibungen habe, da es auch vorher schon Abtreibungen gegeben habe. Woher sollte der Herr Seelsorger auch wissen, der selber zugeben mußte, daß er von Berufs wegen von der Krise unberührt bleibe, daß auch in den Zeiten der Konjunktur die Frauen des Proletariats mit ihren Kindern oft bittere Not leiden mußten, und deshalb jede neue Geburt verfluchten.

Herr Bunzel scheint tatsächlich der einzige Fachmann in Breslau zu sein, er hat herausbekommen, wonach seinesgleichen schon lange fahndeten — die

sündige Ursache der Abtreibungen.

Nicht die Wirtschaftsnot, sondern das Fehlen des Opferwillens veranlassen jedes Jahr mehr Frauen zur Abtreibung. „Aber in der Zeit des aufbrechenden Nationalismus werden sich diese Auswüchse zurückbilden." „Die Unterwanderung fremder Elemente in die arische Rasse" wird dann sicher ein Ende nehmen.

Ob Herr Bunzel mit den fremden Elementen die Frauen und Töchter der polnischen Erntearbeiter gemeint hat, die von jeher ein Freiwild für die Lüste „arischer Fleischeslust" der Landbourgeoisie waren?

Herr Bunzel wußte auch von Krankheiten zu erzählen, die im Gefolge von Abtreibungen häufig aufzutreten pflegen. Er hat bloß vergessen zu sagen, daß es sich dabei um unsachgemäß, unter dem Druck des von ihm und seinen Gesinnungsgenossen verteidigten § 218 heimlich von Kurpfuschern vorgenommene Eingriffe handelt, denn, daß es auch nur einen ernsthaften Menschen gibt, der Material der Kirchen verschiedenster Bekenntnisse über die Sowjetunion Glauben schenkt, erwartet doch Herr Bunzel selber nicht. Seine Behauptung von schädigenden Folgen durch Abtreibungen in der Sowjetunion waren offensichtlich bewußt unklar und unkontrollierbar gehalten.

Daß ein Mann vom Schlage des Herrn Bunzel nicht die, die Kinder, ohne sie ernähren zu können, in die Welt setzen, als leichtsinnig und unüberlegt bezeichnet, sondern die, welche den „Kindersegen zu zügeln" versuchen, nimmt uns nicht wunder.

Von der Ausstellungsleitung muß gefordert werden, daß nach Herrn Bunzel die andere Seite gleichfalls zu Worte kommt. Die Organisation der sozialistischen Ärzte wird sicher jederzeit bereit sein, ihren Standpunkt sachlicher und den heutigen Stand des Wissens angemessener als Herr Bunzel zu vertreten.

Die Schule des Proletariats

ist die weltliche Schule.

Dort meldet eure Kinder an!

„Ich habe Hindenburg nicht aus Liebe, sondern aus Haß gewählt"

Steinarbeiterversammlung in Strehlen

Am vergangenen Sonnabend fand in Strehlen eine Mitgliederversammlung des „Steinarbeiter-Verbandes" statt, die sehr schwach besucht war. Nicht einmal sämtliche Betriebsräte, die in der SPD organisiert sind, waren anwesend. Als Referenten hatte man sich den Verbandsvorsitzenden Wunderlich aus Leipzig verschrieben, der über das Thema „Die derzeitige Wirtschaftslage und die Aufgaben für die Arbeiterschaft" sprach.

Der Referent ging auf die Wirtschaftskrise ein, charakterisierte die letzte Notverordnung und stellte fest, daß die Arbeiterschaft an allem selbst schuld sei und zog bei dieser Gelegenheit kräftig gegen die Kommunisten ins Feld. Mit keinem Wort zeigte er auch nur den geringsten Pfad eines Ausweges. Das einzige Rezept zur Beseitigung der Krise war die Aufforderung, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

In der Diskussion sprach Gen. Witzig: „Wenn vor einem halben Jahr die oppositionellen Gewerkschaftskollegen behaupteten, daß durch Zurückhalten vom Kampf und durch die Wahl Hindenburgs (eben desselben Hindenburgs, der die neue Schreckensnotverordnung unterschrieben hat) die Gefahren für die Arbeiterklasse verstärkt werden, so müssen wir jetzt feststellen, daß das, was wir vorausgesagt haben, eingetroffen ist. Das ausländische Proletariat, der belgische Bergarbeiterstreik, muß uns als leuchtendes Vorbild dienen, muß uns den Beweis geben, daß heute, entgegen allen Behauptungen der Gewerkschaftsführer, in dieser tiefen Wirtschaftskrise Massenstreiks möglich sind. Beim belgischen Streik hatten die deutschen Gewerkschaften ihre internationale Solidarität beweisen können. Nur im Kampf können die Gewerkschaften das Vertrauen wiedergewinnen. Und kämpfen werden sie nur dann können, wenn sie sich nicht mehr in das Schlepptau der SPD begeben.

Auch in der Frage des Arbeitsdienstes haben die Gewerkschaften völlig versagt. Sie setzen sich heute offen, mit der stärksten Propaganda für diese jüngste Form der Lohndrückerei ein. Wir müssen uns endlich davon frei machen, daß der Arbeiterschaft auf parlamentarischen Wegen geholfen werden kann."

Genosse Witzig ging dann auf die elenden Betriebsverhältnisse im Gorkauer Steinbruch ein. Zehn bis zwölf Mark Wochenlohn bringen die Arbeiter heim und hungern mit Frau und Kindern. Er forderte zum Kampf gegen den neuen Lohnabbau auf.

In der Diskussion nörgelte der Strehlener Schufoführer an den Ausführungen des Genossen Witzig herum und verstieg sich schließlich zu der Behauptung: „Ich habe Hindenburg nicht aus Liebe, sondern aus Haß gewählt!" Kommentar überflüssig!

Im Schlußwort erging sich der Kollege Wunderlich in einer einzigen Hetze gegen die KPD und gegen Sowjetrußland und verteidigte mit warmen Worten den Arbeitsdienst.

*

Diese Versammlung bewies wieder einmal deutlich, welch ungeheuer wichtige Aufgaben und welch riesiges Arbeitsfeld für die oppositionellen Gewerkschaftler gerade in der heutigen Zeit zu bewältigen ist.

Bergungsarbeiten auf dem Richthofenschacht beendet

Kattowitz, 13. September.

Die Bergungsarbeiten auf dem Richthofen-Schacht, die sich äußerst schwierig gestalteten, da eine neue Strecke von etwa 20 m Länge gefahren werden mußte, um an die Leichen heranzukommen, sind Montag früh beendet worden. Nachdem bereits am Sonnabend zwei Leichen geborgen worden waren, sind die beiden letzten Verschütteten am Montag geborgen worden. Die Grubenverwaltung hat sich wegen Freigabe der Leichen an die Staatsanwaltschaft gewandt, da die Toten, die schon stark in Verwesung übergegangen sind, alsbald beerdigt werden sollen. Die Bergleute sollen auf dem Janower Friedhof am Mittwoch in einem gemeinsamen Grab beigesetzt werden.

Zwei weitere Todesfälle an Diphtherie

Waldenburg, 13. September.

In Rothenbach, wo erst kürzlich zwei Schulkinder im Alter von 12 und 13 Jahren an Diphtherie starben, sind der Krankheit zwei weitere Kinder im Alter von 7 Jahren erlegen.

Zur Flucht eines Nazi-Untersuchungsgefangenen

Gleiwitz, 13. September.

Zu der bereits gemeldeten Flucht des SA-Führers von Gleiwitz-Zernik, Rolle, aus dem Gr. Strehlitzer Krankenhaus wird noch folgendes bekannt: Wie seinerzeit gemeldet, wurde eine Polizeistreife im Stadtteil Sosnitza von einem Motorrad aus beschossen und dabei ein Beamter durch einen Unterleibsschuß schwer verletzt, während der zweite Beamte einen Schuß in ein Bein erhielt. Rolle und der zweite Motorradfahrer wurden am nächsten Tage in Untersuchungshaft genommen. Dort hatte Rolle einen Löffel verschluckt und mußte in das städtische Krankenhaus in Gleiwitz gebracht werden, aus dem er einen Fluchtversuch unternahm. Er sprang aus dem Fenster des ersten Stockwerks in den Garten. Er brach sich dabei aber beide Beine und blieb hilflos liegen, bis er unter einem Terrassenvorsprung gefunden wurde.

Die richtige Cigarette zu wählen,

ist ein Gebot der Klugheit.

Deshalb entscheidet sich der Kenner stets für

JUNO,

die gute ihm seit vielen Jahren unentbehrlich gewordene Marke.

Josetti verzichtet bewußt auf Zugaben in Form von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickereien, um dafür dem Raucher Besseres gewährleisten zu können, nämlich:

Feinste Qualität und volles Format!

Schwere Herbststürme

Berlin, 12. September.

Aus den verschiedensten Teilen des Reiches treffen Meldungen über schwere Stürme ein. Die ganze Nordseeküste ist von einem heftigen Nordweststurm heimgesucht worden, der u. a. den Dampfer „Glücksauf" des Norddeutschen Lloyd auf seiner letzten Helgolandfahrt zwang, die Nacht über in Helgoland zu verbleiben. Auf Borkum wurde Windstärke 10 gemessen. In der Nähe von Utlandhorn geriet ein Fischkutter in Seenot. Die Besatzung konnte gerettet werden.

Aus Königsberg wird starker West- und Südweststurm an der Ostseeküste gemeldet. Auch die Stadt Königsberg selbst hatte stark darunter zu leiden. In den Parkanlagen wurden zahlreiche Bäume geknickt und entwurzelt, Ladenschilder wurden heruntergerissen, Fensterscheiben zertrümmert und sonstige Schäden an den Häusern angerichtet. Der Pregel ist gestiegen und droht über die Ufer zu treten. — In Danzig wurde die Zeltkuppel eines dort gastierenden Zirkus und ein Stallzelt umgeworfen. Die Tiere sind provisorisch im städtischen Schlachthof untergebracht worden.

*

Berlin, 12. September.

Der heftige Sturm, der Sonntag Nachmittag einsetzte und bis heute früh über Berlin tobte, hat zahlreiche Sturmschäden verursacht, so daß die Feuerwehr über dreißig Mal zur Beseitigung von Gefahren in Aktion treten mußte. Es handelte sich fast durchweg um Gefährdungen des Straßenverkehrs durch entwurzelte oder abgeknickte Bäume, Dachrinnen, Schilder usw., die sich von den Fassaden zu lösen drohten.

Ein Schoner vor Pillau gestrandet

Pillau, 12. September.

In der vergangenen Nacht ist der Schoner „Adele" von Neuhäuser gestrandet. Die aus vier Köpfen bestehende Besatzung wurde im Laufe des Vormittags vom Pillauer Rettungsboot mittels Raketenapparats geborgen. Das Fahrzeug treibt weiter nach Tenkieten zu. Der Motorschoner „Adele" stammt aus Hamburg, war mit Sagoschrot beladen und von Kopenhagen nach Elbing unterwegs.

*

Halifax (Neuschottland), 12. September.

Der britische Kohlendampfer „Watford" lief heute bei Kap Percy auf Grund, wobei er zum völligen Wrack wurde. Zwei Mann der Besatzung wurden von der stürmischen See über Bord gespült und ertranken.

Hutchinson funkt SOS

Kopenhagen, 12. September.

Bei der grönländischen Kolonialverwaltung ist gestern abend 8.30 Uhr folgendes Telegramm eingelaufen: Hutchinson (der bekanntlich mit seiner Familie den Atlantik überfliegen wollte) ist um 15.10 Uhr Greenwicher Zeit auf dem Meere notgelandet. Position: 65 Grad 28 Min. Nord, 38 Grad 45 Min. West. Die Maschine sandte SOS-Signale, die von der Radiostation Angmagsalik aufgefangen wurden. Die Maschine wünschte sofortige Hilfe. Der englische Fischdampfer „Lord Talbot", der sich 25 Meilen von der angegebenen Position entfernt befand, fuhr sofort zur Hilfeleistung ab. Bis 16.23 Uhr Greenwicher Zeit wurde durch die Radiostation Angmagsalik ununterbrochen die Verbindung mit der Maschine aufrechterhalten. Nach dieser Zeit aber hat man auf Anrufe keine Antwort mehr bekommen. Um 17.30 Uhr Greenwicher Zeit war „Lord Talbot" etwa 15 Meilen von der Position des Flugzeuges entfernt.

Von der Kolonialverwaltung erfährt Ritzaus Büro noch: Die angegebene Position befindet sich, soweit sich im Augenblick übersehen läßt, einige Meilen südlich von Angmagsalik, und zwar sehr nahe der Küste, und vielleicht sogar innerhalb der Schären. Da nähere Nachrichten fehlen, läßt sich im Augenblick weiter nichts mitteilen. Doch geht man davon aus, daß von Angmagsalik versucht werden wird, auf jede erdenkliche Weise Hutchinson zu retten, falls Hilfeleistung noch möglich ist. — Weiter teilt die Kolonialverwaltung mit, daß nach Mitteilung des Marineministers das Inspektionsschiff „Fylla" sich in Reykjavik befindet und die Inspektionsschiffe „Hvidbjornen" und „Maagen" zur Zeit an der grönländischen Westküste liegen. Diese Schiffe sind für eine eventuelle Hilfeleistung offenbar zu weit von der Unfallstelle des Flugzeuges entfernt. Außerdem geht ja aus dem Telegramm hervor, daß sich ein Schiff in unmittelbarer Nähe befindet, wie auch die Kolonie Angmagsalik nicht weit von der Unglücksstelle entfernt liegt.

An Bord des Flugzeuges befanden sich außer der vierköpfigen Familie Hutchinson noch vier Mann Besatzung.

Kopenhagen, 12. September.

Um 19.22 Uhr heute (Sonntag) teilte die Radiostation Angmagsalik mit, daß der Fischdampfer „Lord Talbot" sich an der angegebenen Unfallstelle befinde, jedoch von dem Flugzeug nichts entdecken konnte. Der Fischdampfer sucht nun in südwestlicher Richtung. Der Kolonieverwalter ist beauftragt worden, **so schnell wie möglich nähere Einzelheiten zu** berichten. Die Kolonialverwaltung in Kopenhagen versucht mit dem Forscher Knud Rasmussen an Bord des Schiffes „T. H. Stauning" in Verbindung zu kommen, um seine Meinung über weitere Nachforschungen zu hören.

Der Berliner Frauenmord aufgeklärt

Der Mord an der Sprachlehrerin Frau Bruscato am Tempelhofer-Ufer, eine Tat, deren Brutalität Aufsehen erregte, erscheint aufgeklärt, wenn auch ein Geständnis noch nicht vorliegt. Als dringend verdächtig wurde von der Mordkommission ein 23jähriger Bürogehilfe Friedrich Stark ermittelt. Auf Grund der angegebenen Anhaltspunkte wurde Stark, der geflüchtet war, im Verlaufe des Sonntagvormittags in Stuttgart ermittelt und festgenommen. Nachweislich hat Stark in Berlin Sachen veräußert, die dem Untermieter der Frau Bruscato entwendet waren.

Verzweiflungstat einer Mutter

Von einer Brücke in der Spaethstraße in Berlin-Britz stürzte sich heute abend eine 31 Jahre alte Ehefrau, zusammen mit ihren **drei Kindern, in den Teltowkanal. Alle vier konnten von der Feuerwehr nur noch als** Leichen geborgen werden. Bei der Frau wurden drei Briefe **gefunden, aus denen hervor**geht, daß sie die Verzweiflungstat verübte, weil sie sich und ihre Kinder schon seit längerer Zeit von dem Ehemann am Leben bedroht fühlte. Die Festnahme des Ehemannes ist veranlaßt worden.

Riesenbrände überall

Eine Stadt brennt

Warschau, 13. September.

In der in der Starostei Lomza gelegenen Stadt Kolno, südlich der ostpreußischen Stadt Johannisburg, brach gestern mittag ein Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit über den größten Teil der Stadt ausbreitete. Wassermangel und Sturm erschwerten die Löscharbeiten, so daß die halbe Stadt niederbrannte. Ueber 2000 Personen sind obdachlos.

Ein Dorf niedergebrannt

Klagenfurt, 12. September.

Die Ortschaft Oberdörfl im Rosenthal ist gestern früh durch einen Brand fast gänzlich vernichtet worden. Das Feuer hatte, durch starken Wind begünstigt, so rasend um sich gegriffen, daß die Bewohner kaum alarmiert waren, als bereits das ganze Dorf in Flammen stand. Die Feuerwehren konnten nicht viel ausrichten, weil außer dem Dorfbrunnen kein Wasser zur Verfügung stand. Insgesamt sind 15 Gebäude niedergebrannt und nur ein einziges Wohnhaus ist notdürftig erhalten geblieben.

Ein Dorf in Flammen

Fiesch (Kanton Wallis), 13. September.

Das Dorf Blitzingen steht seit heute früh 1.45 Uhr in Flammen. Zur Zeit brennen 20 der größten Wohnhäuser. Das 240 Einwohner zählende Dorf bildet rechts und links der Hauptstraße ein riesiges Flammenmeer. Der Hauptteil des Dorfes gilt als verloren. Die Feuerwehren des ganzen Oberwallis weilen am Brandort. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

*

Fiesch (Kanton Wallis), 13. September.

Durch das Großfeuer, das, wie bereits gemeldet, heute nacht das in der Hauptsache von Kleinbauern bewohnte Dorf Blitzingen heimsuchte, sind zehn Wohnhäuser und zehn erntegefüllte Scheunen vernichtet worden. Niedergebrannt sind auch das Schulhaus, das Wirtshaus und das Postgebäude. 80 Personen sind obdachlos. Menschen kamen bei dem gewal[illegible] Brand nicht zu Schaden. Der größt[illegible] Teil der Brandgeschädigten ist nicht versi[illegible]. Die Brandursache ist noch nicht festgest[illegible].

Großfeuer in Hamburg durch Brandstiftung

Hamburg, 13. September.

In Dachgeschoß eines in der Danziger Straße gelegenen Geschäftshauses brach heute nacht auf unaufgeklärte Weise ein Brand aus, der ein großes Warenlager von in Kisten verpacktem, getrocknetem Obst vernichtete. Die Höhe des Brandschadens steht noch nicht fest. Da dringender Verdacht der Brandstiftung vorliegt, hat die Kriminalpolizei sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet.

Massenspeisevergiftungen auf Java

21 Todesopfer

Amsterdam, 9. September.

Meldungen aus Mittelja va zufolge sind dort neue Massenvergiftungen nach dem Genuß der bekannten javanischen Volksnahrung, Tempe Boengkil, einer Art Sojabohnenkuchen aufgetreten. In der Ortschaft Gombong (Residentschaft Karang Anjer) sind bereits 50 Fälle zu verzeichnen, von denen 21 einen tödlichen Ausgang genommen haben.

Erdbeben in Niederländisch-Indien

60 Häuser eingestürzt

Amboina (Niederl.-Indien), 12. September.

Infolge eines heftigen Erdstoßes, wie man seit 1898 keinen verspürt hatte, sind 60 Häuser eingestürzt. Es wurde bis jetzt kein Opfer gemeldet.

Kleine Sportnachrichten

Freie Esperanto-Vereinigung Breslau: Dienstag, 13. 9., 20 Uhr, im Radioheim, Paradiesstr. 17, Uebungsabend. — Mitgliederversammlung mit Vortrag Dienstag, 27. 9.

Wohin?

Breslauer Volksbühne. Für die Filmgemeinde der Volksbühne findet die erste Vorstellungsreihe vom 23.—29. d. Mts. im Capitol statt. Zur Aufführung gelangt die neue Tonfilmoper „Die verkaufte Braut", die von Max Ophüls, dem früheren Oberregisseur der Vereinigten Theater, inszeniert wurde. Der zuerst für diese Vorstellungsreihe angekündigte Film „David Golder" wird im Oktober zu ganz besonders ermäßigtem Preise für alle Mitglieder der Volksbühne im Palasttheater aufgeführt.

Auch Du mußt

zur öffentlichen Versammlung, die am Donnerstag, den 15. September, im „Bergkeller" stattfindet, in der

Genosse Paul Fröhlich

über das Thema

„Was tun die Sieger der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932"

spricht, kommen.

Wen bringst du mit?

ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 168.

P. S. G. Donnerstag, 19 Uhr, Arbeitsausschußsitzung im Bergkeller. 19.30 Uhr wichtige Besprechung der Kartenvertriebsobleute.

SJV Sekretariat, Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Sozialistischer Jugendverband Ortsgruppe Breslau

Org.- und Polleiter: Heut, 19 Uhr, Sitzung im Karl Marx-Heim, Mehlgasse.

Funktionäre: Heut 20.30 Uhr Sitzung im Karl Marx-Heim.

Heim 2: Dienstag Zusammenkunft der Jungpioniere. Wir sprechen über: „Die Aufgaben des SJV".

Heim 3: Mittwoch, 20 Uhr, Standgerichte in Italien — Ungarn — und Deutschland.

Heim 4: Mittwoch, 20 Uhr, „Der Anti-Kriegskongreß".

Alle Heime besuchen Donnerstag die öffentliche Versammlung der Partei im Bergkeller. Es spricht der Genosse Paul Fröhlich, Berlin.

STADTTHEATER
Dienstag, 20 — 22.45 Abonn.-Vorst. E 1
Die verkaufte Braut
Mittwoch, 20 — gegen 23 Uhr Abonn.-Vorst. F 1
Macbeth
Donnerstag, 20 — 22.30 Uhr Abonn.-Vorst. D 2
Der Opernball

LOBETHEATER
Täglich 20.15 — 22.35 Uhr
Die Journalisten
GERHART-HAUPTMANN-THEATER
Täglich 20.15 — 22.25 Uhr
Und Pippa tanzt

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt einen Abonnenten für unsere **SAZ**

KAFFEE HAG SCHONT
IHR HERZ
zu haben bei:
Wilhelm Kupczyk
Schießwerderstraße 31
Kolonialwaren Lebensmittel

Berlin
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weidal 3422
Mittwoch, 14. Sept. 8.30 Uhr
Herzdame
Gartenbühne
Mittwoch, 14. Sept. 5.30 Uhr
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Frühlingsluft

Verantwortlich: Paul Hannach, Breslau, Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Scheerer AG. Breslau Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3 I Treppe. Telephon 206 02

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2.10 zuzüglich RM 1,50 Porto monatlich

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Tarifes

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebert, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau. Konto Nr. 102 92

Wo decke ich meinen Bedarf?

August Schneider Westend-Str. 68 Fabrik fein. Fleisch- und Wurstwaren — 1 a Qual.-Niedrigste Preise - (Filialleiter: Erich Schmidt)

Eis-Vater
Breslau, Posener Straße 34

Schmelz ist und **bleibt billig**
Friedrich-Wilhelmstraße 25

Kolonialwaren **Karl Bothur**
Posener Straße 13 Tel. 27397

WESTEN

Leinenhaus **Gotthard Völkel**
Friedrich - Wilhelm - Straße 51
Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

Franz Rzehulka
Kolonialwaren / Tabake
Alzenstraße 48, Ecke Leuthenstraße

möbel preiswert im möbelhaus das heim königsplatz 4

Obst - Gemüse - Kolonialwaren
Erich Völkel Bergstraße 3

Maßschneiderei
Kürschnerei und Pelzpflege
Damenmäntel und Kostüme
P. Muschalle, Breslau 6
Friedrich-Wilhelm-Str. 14, 2. Etg. — Tel. 252 21

Paul Frühauf
Kolonialwaren usw.
Bergstraße 22

Vogelfutter · Kolonialwaren
nur bei Ritter, Friedrich-Wilhelm-Straße 53

Gebraucht! Fahrräder - Motorräder und alle Ersatzteile
bei Karl Borst jun., Steinauer Straße 12a.

Oskar Laqua
Anderssenstraße 31
Kolonialwaren

und

KABA
das nichtstopfende, wohlschmeckende Familien-Getränk
jetzt billiger:
Das Paket 30 u. 60 Pfg.